



Erfolg für Berns Energiezukunft

Mit dem neuen Energiegesetz macht der Kanton Bern einen Schritt in Richtung umweltfreundliche Energienutzung. Neu gefördert werden Sanierungen alter Häuser sowie die Wärme- und Stromproduktion aus erneuerbaren Energien. Flavia Wasserfallen

Energiedirektorin Barbara Egger-Jenzer hat im Grossen Rat ein modernes und zukunftsfähiges Energiegesetz präsentiert. In einer hitzigen Debatte hat der Grosse Rat in der Novembersession dieses in erster Lesung beraten. Einige Kompromisse mussten eingegangen werden, einige Kämpfe hat die SP zusammen mit Barbara Egger-Jenzer gewonnen, andere verloren. Trotzdem können wir mit dem ersten Zwischenresultat zufrieden sein.

GEAK-Obligatorium und Sanierungspflicht

Ein Erfolg für die umweltschonende Energienutzung in bestehenden Gebäuden konnte mit der Einführung des Gebäudeenergieausweises erzielt werden. Der Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK) zeigt den HausbesitzerInnen auf, wie die Energiebilanz ihres Hauses ist und wo mit einfachen Sanierungen viel Energie gespart werden kann. Im Kanton Bern wird der GEAK obligatorisch für alle Häuser eingeführt, die vor 1990 gebaut worden sind. Der GEAK ist zwar schön und gut, aber wünschenswerte Sanierungen werden dadurch noch nicht unbedingt ausgelöst. Aus diesem Grund hat eine knappe Mehrheit (rot-grün und Abweichler des bürgerlichen Lagers) des Grossen Rates beschlossen, dass Häuser der schlechtesten Effizienzklasse binnen 15 Jahren saniert werden müssen. Dieser positive Entscheid wird auch in der zweiten Beratung hart umstritten sein und ist noch nicht im Trockenen. Einen weiteren Erfolg konnte die SP mit der Einführung einer Sanierungspflicht für Elektrowiderstandsheizungen verbuchen. Diese Energiefresser gehören längstens ersetzt.

Namhafte Finanzhilfen

Minimalanforderungen und Verbote sind zwar wichtig, aber Sanie-



© Daniel Furter

Die SP verteilte allen GrossrätInnen eine hocheffiziente Energiesparlampe, damit ihnen für die Beratung des neuen Energiegesetzes ein Licht aufgehe, hier Nadine Masshardt und Flavia Wasserfallen (SP-JUSO) mit Hans-Jörg Pfister (FDP).

rungswillige sollen auch mit finanziellen Anreizen belohnt werden. Das Gesetz sieht namhafte Finanzhilfen für die Erstellung von Anlagen zur Gewinnung und Nutzung von erneuerbaren Energien oder für besonders energieeffiziente Gebäude vor. Eine Krux bleibt jedoch, nämlich die Finanzierung dieser Finanzhilfen. Der Grosse Rat konnte sich zu keinem Entscheid durchringen, woher der Kanton dieses Geld holen soll. Verschiedene Vorschläge, wie etwa die Einführung einer Förderabgabe auf Strom, liegen auf dem Tisch und müssen in der zweiten Beratung diskutiert werden.

Keine Lenkungsabgabe auf Strom

Eine herbe Niederlage musste die SP bei der Einführung der Lenkungsabgabe auf Strom einstecken, welche von der bürgerlichen Seite versenkt wurde. Dieses sinnvolle Instrument würde Privathaushalte und KMUs belohnen, die sparsam mit Strom umgehen, indem ihnen mehr zurückerstattet wird, als sie

an Abgaben bezahlt haben. Noch scheint die Zeit leider nicht reif für effektive Lenkungsmassnahmen gegen den verschwenderischen Umgang mit Strom.

Die SP wird nun mit aller Kraft dafür sorgen, dass die beschlossenen Massnahmen in einer zweiten Beratung nicht verwässert werden. Denn wir sind überzeugt: Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien fördern regionale, sichere Arbeitsplätze und schonen die Umwelt. Eine umweltfreundlichere Energienutzung sind wir auch den nachkommenden Generationen schuldig.

> Weiterführende Links:
www.geak.ch
www.bve.be.ch/ae



Flavia Wasserfallen
Grossrätin, Vizepräsidentin
der SP/JUSO-Fraktion

TSCHOU

Saubere Session

Mit dem Energiegesetz und der neuen Ecotax für die Strassenfahrzeuge macht der Kanton Bern in dieser Session wichtige Schritte in Richtung saube-



re Energie und Klimaverantwortung für die nächsten Generationen. Ab 2011 gilt für den Kanton Bern eine neue

Fahrzeugsteuer. Mit der Ecotax werden saubere Fahrzeuge mit einem Rabatt von bis zu 80 Prozent belohnt und Dreckschleudern mit einem Zuschlag von bis zu 60 Prozent bestraft. Die Ecotax soll dazu anregen, beim Autokauf besser darauf zu achten, wie viel Treibstoff ein Fahrzeug verbraucht und mit wie viel CO₂ es die Luft belastet. Die Autos werden in die Kategorien A-F eingeteilt. Mit der Ecotax soll der CO₂-Ausstoss im Kanton Bern allgemein gesenkt werden. Die SP wäre gerne noch weiter gegangen. Sie wollte eine gerechtere Berechnung der Grundsteuer auch über das Gewicht der Fahrzeuge. Leichte, saubere Fahrzeuge wären damit zusätzlich entlastet worden, schwere Fahrzeuge, die tendenziell die Luft stärker belasten, hätten höhere Steuern bezahlen müssen. Mit der Ecotax ist nun der erste Schritt in die richtige Richtung getan, weitere Schritte müssen folgen. Auch die zweite Hälfte der Session verspricht Spannung. Hart umstrittene Geschäfte wie das Budget 2010, das Steuergesetz und die Förderung von günstigem Wohnungsbau stehen auf der Traktandenliste.

Margreth Schär
SP/JUSO-Fraktionspräsidentin

SPITZE FEDER

Schlechter Geschmack

«Schöne Kandidaten erhalten mehr Stimmen.» Was bei den Miss- und Mister-Wahlen nicht



selbstverständlich ist, weil es dort auch auf die inneren Werte ankommt, das ist bei Wahlen für politi-

sche Ämter so: Schöne Menschen erhalten mehr Stimmen, weil sie kompetenter wirken. Das hat ein Politologe herausgefunden. In einer Studie.

Jetzt braucht es noch eine Studie, ob das in anderen Bereichen ebenso ist. Zum Beispiel in der Liebe oder im Job. Weil, es kann ja sein, dass nur Erfolg hat, wer den Akkusativ beherrscht und gut kopfrechnen kann. Die kleinen Krümmen, die dicken Bleichen und pickligen Durchschnittlichen haben es im Leben vielleicht genau gleich leicht wie die aufrechten Schönen, die kräftigen Schillernenden und die kecken Peppigen.

Ich bin immer froh über solche Studien. Denn die erklären mir die Welt. Nun weiss ich endlich, warum der Amstutz oder die Rickli gewählt wurden. Die Leute denken, die seien kompetent! Es erscheint absurd, dass Leute das denken, aber die Studie beweist das.

Die Studie beweist aber auch noch andere Sachen. Zum Beispiel, dass die Mehrheit der Kandidierenden abgrundtief hässliche Menschen sein müssen. Es wäre sonst ja nicht vertretbar, es Bortoluzzi, die Huber oder den Vischer zu wählen. Schön sind die ja beileibe nicht. Möglicherweise haben die Wählerinnen und Wähler aber auch einfach nur einen schlechten Geschmack.

Mylène Nicklaus, Koordinatorin IIZ



© Menu Friedrich

Nur wenn alle rot-grünen WählerInnen geschlossen Andreas Rickenbacher, Barbara Egger-Jenzer, Philippe Perrenoud und Bernhard Pulver wählen, bestehen 2010 Chancen zur Wiederwahl.

Einheitsfront gewinnt

2008 hätte der Politikwissenschaftler Daniel Bochsler gewettet, dass die Bürgerlichen bei den bernischen Regierungswahlen 2010 ihre Mehrheit zurückholen, womöglich gar mit fünf Sitzen. Doch dann flogen in der nationalen Politik die Fetzen, die BDP spaltete sich von der SVP ab, mit ihr der Berner Finanzdirektor Urs Gasche. Daniel Bochsler

Infolgedessen erscheinen die Bürgerlichen heute in den BDP-Kantonen so uneinheitlich wie selten zuvor – zumindest solange die BDP ihre Wählerschaft nicht konsolidiert hat – oder untergeht. Davon dürften die Rot-Grünen profitieren, denn dank der Spaltung der Bürgerlichen haben sie Chancen ihre Regierungsmehrheit zu halten.

Geschlossenheit zählt

Zurückzuführen ist die ungewisse Situation auf das Mehrheitswahlsystem. Der Wahlausgang hängt in Mehrheitswahlsystemen von zwei Faktoren ab: der Stärke der politischen Blöcke und ihrer internen Geschlossenheit. Solange die Mehrheit geschlossen wählt, kann sie alle ihre Kandidaturen mühelos ins Ziel bringen. Dadurch zwingt das Mehrheitswahlsystem – oft als Personenwahl verkannt – strategisch denkende Wähler dazu, die KandidatInnen des eigenen politischen Blocks allesamt auf die Liste zu schreiben. Denn fehlende Geschlossenheit schwächt die eigene Position.

Die bernischen Regierungswahlen sind ein eindrückliches Beispiel dafür. In der Regel vereinigen bürgerliche Kandidaturen rund 100 000 Stimmen auf sich; die

Rot-Grünen bleiben oft um 10 bis 30 Prozent zurück. Manchmal können 1 bis 2 rot-grüne Spitzenkandidaturen auch auf einige zusätzliche bürgerliche Stimmen zählen. Solange aber die Bürgerlichen einigermassen geschlossen wählten, konnten sie ihre Fünferliste problemlos ins Ziel bringen.

2006 und 2010 – alles anders

2006 war und 2010 ist alles anders. 2006 wollte die SVP der Linken einen Sitz streitig machen. Die FDP fürchtete aber, eines ihrer Regierungsmandate könnte unter die Räder kommen, und damit war es mit der bürgerlichen Einigkeit vorbei. SVP-Leute strichen FDP-KandidatInnen und umgekehrt. Da die Linke sehr geschlossen stimmte, überholten ihre vier Kandidaturen überraschenderweise die Bürgerlichen.

2010 dürfte es für die Bürgerlichen gleich noch einmal schlecht ausgehen. Auch wenn sie viel stärker sind als die Linke, und damit eigentlich die Regierungsmehrheit im Schlafwagen zurückholen könnten, sind sie dieses Mal der BDP wegen zerstritten und können sich nicht auf gemeinsame Kandidaturen einigen. Wegen der fehlenden bürgerlichen Einheit

dürfte kaum eine der bürgerlichen Kandidaturen das gesamte bürgerliche Wählerpotenzial hinter sich vereinigen, und daher dürften die meisten Bürgerlichen massiv weniger Stimmen als gewohnt erzielen. Ganz im Gegensatz zur Linken, die geschlossen dasteht.

Kein Streichkonzert gewinnt

Zwar ist die Linke im Kanton Bern viel schwächer als die Bürgerlichen, doch solange es kein Streichkonzert innerhalb der Rot-Grünen gibt und alle vier linken Kandidaturen die gesamte Wählerkraft der Linken voll ausschöpfen, dürften sie zumindest die hinteren Bürgerlichen übertrumpfen und vier Sitze gewinnen. Nicht auszuschliessen, dass die Linke unter diesen Umständen sogar die bisherigen bürgerlichen Regierungsmitglieder überholen kann. Es gilt die im Mehrheitswahlsystem verankerte Regel «Einheitsfront gewinnt». Für die Bürgerlichen stehen die Wetten auf 2014.



Daniel Bochsler, Politikwissenschaftler am Centre for the Study of Imperfections in Democracies (DISC), CEU Budapest. www.bochsler.eu

Warum macht es die Schweiz nicht wie Norwegen?

Seit Januar 2008 müssen in Norwegen alle Verwaltungsräte börsenkotierter Aktiengesellschaften zu mindestens 40 Prozent von Frauen besetzt sein. Klar, einfach und es funktioniert. Keine Firma musste aufgelöst werden, Frauen und Männer machen ihre Arbeit gut und es gab keine Probleme, geeignete Frauen zu finden. Barbara Stalder Ritschard

Die Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich lud am 9. November die norwegische Soziologin Vibeke Heidenreich ein, um die neusten Ergebnisse der Geschlechterquoten in Norwegen vorzustellen. Selber Verwaltungsrätin führt Heidenreich diese Erfolgsgeschichte auf verschiedene Faktoren zurück. Zum einen auf die langsame Einführung. Auf den 1.1.2004 wurde die Quote für staatliche Betriebe eingeführt, auf den 1.1.2006 für neue Firmen, aber erst auf den 1.1.2008 für bestehende AGs. Wenn man die politischen Prozesse in der Schweiz als Vergleich herbeizieht, ist das immer noch ein beachtliches Tempo.

Norwegen kannte Quoten

Ebenfalls kannte Norwegen im Gegensatz zur Schweiz schon eine Quote für den Einsitz der Arbeitnehmenden in den Verwaltungsräten. Vibeke Heidenreich ist überzeugt, dass diese erste Quote, die bereits 1972 eingeführt wurde und sich bewährt hatte, den Weg für eine zweite Quote ebnete. Natürlich ging es auch um die Förderung der Frauen und um eine höhere Diversität innerhalb der Verwaltungsräte.

Die Quote zeigt Wirkung

Die neuste Studie zeigt, dass sich die Zahl der Frauen in den Verwaltungsräten stark erhöht hat, dies aber hauptsächlich in den Firmen, bei denen es auch vorgeschrieben war, in den AGs sind es 45%, in den GmbHs nur 21,8% Frauen. Allerdings werden 11,1% der GmbHs von einer Frau präsiert, bei den AGs sind es nur 5%. Die Frauen sind meist jünger als die Männer und besser ausgebildet, sie sind erfahren und haben oft Kinder.

75% von ihnen kamen durch ein professionelles Netzwerk zu ihrem Sitz in einem Verwaltungsrat. Sie machten sich sichtbar und wurden jetzt auch gesehen, denn plötzlich war es wichtig, eine geeignete Frau zu finden! Sie wurden in ihrer neuen Aufgabe akzeptiert. Einige Fir-



© Michael Würtenberg

Vibeke Heidenreich stellte in Zürich die Erfolge der norwegischen Geschlechterquote in Verwaltungsräten vor

men wollten den Prozess allerdings nicht mitmachen, sie zogen es vor, aus ihrer AG wieder eine GmbH zu machen, damit keine Frauen für den Verwaltungsrat gesucht werden mussten.

Und in der Schweiz?

In der anschliessenden Podiumsdiskussion äusserten sich Margit Osterloh, Professorin für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Zürich, Katharina Prelicz-Huber, Nationalrätin Grüne, Professorin Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, und Franziska Tschudi, CEO WICOR Holding AG und Delegierte des Verwaltungsrats, zur Situation in der Schweiz. Katharina Prelicz-Huber hat 2009 eine Motion für eine 40%-Geschlechterquote in Verwaltungsräten von Gesellschaften mit über 200 Beschäftigten eingereicht. Statt dies nach den Resultaten aus Norwegen umso stärker zu fordern, sagte sie, diese 40% könnten auch eine Zielgrösse sein. Margrit Osterloh ist zwar überzeugt, dass es genügend gut ausgebildete Frauen gibt, die erfahrenen Frauen in der Schweiz aber fehlten. Und Franziska Tschudi ist generell gegen Quoten, da dies nur dazu führe, dass Frauen in den Verwaltungsräten unwichtige Aufgaben übernehmen würden.

Norwegen hat mit seinem Modell Erfolg – hier in der Schweiz sind aber noch viele Anstrengungen nötig. Unterschiedlich zusammengesetzte Verwaltungsräte und solche mit einem höheren Frauenanteil bewähren sich in Krisen besser. Warum führen wir die Quote jetzt nicht ein, die Krise ist ja da.

Barbara Stalder Ritschard
Präsidentin SP-Frauen Kanton Bern

Vibeke Heidenreich Soziologin und Historikerin, Doktorandin an der Universität Oslo, Norwegen. Sie arbeitet am Institute for Social Research im Forschungsprojekt zu «Gender Quotas in Boards of Large Joint Stock Companies». Sie ist selber Verwaltungsrätin im Familienunternehmen Heidenreich Holding AS, vorher hatte sie Verwaltungsratsmandate der Pareto Bank ASA und VVS-Eksperten AS inne.

SP-FRAUEN

Ziele erreicht

An unserer Klausur vom 14. November setzten wir uns einmal mehr kritisch mit unserer Arbeit auseinander: Haben wir unsere



Ziele erreicht, wo wollen wir in Zukunft noch vermehrt aktiv werden? Die Bilanz fällt positiv aus, die meisten Ziele haben wir

ganz oder teilweise erreicht, manche werden wir auch im nächsten Jahr weiterverfolgen.

Unser Schwerpunktthema war: «Steuerpolitik aus Frauensicht». Es ist immer noch häufig so, dass sich vor allem Männer mit Finanz- und Steuerfragen beschäftigen und die spezifischen Anliegen und Bedürfnisse der Frauen viel zu wenig berücksichtigt werden. Auf der andern Seite sind es gerade die Frauen, die stark unter den Ungerechtigkeiten in unserem Steuersystem leiden. Wir werden an diesem Thema weiter arbeiten und unsere Vorstellungen und Forderungen einbringen.

Unser «Kursangebot für interessierte Frauen, die neu in die Politik eingestiegen sind oder einsteigen möchten» werden wir trotz den begeisterten Feedbacks der Teilnehmerinnen im nächsten Jahr nicht mehr anbieten. Es besuchen zu wenige Frauen die Kurse. In diesem Jahr mussten wir zwei von vier Kursen wegen mangelnden Anmeldungen absagen.

Zudem haben wir eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, unterstützende Massnahmen zu erarbeiten, damit die SP auf ihren Wahllisten und im Grossen Rat bei den Wahlen 2010 eine geschlechterparitätische Vertretung erreicht.

Bitte vormerken: die Hauptversammlung der SP-Frauen findet am Samstag, 20. Februar 2010, ab 9 Uhr statt. Barbara Egger-Jenzer, hat ihr Kommen zugesichert. Das genaue Programm folgt.

Ursula Meier, Leitungsgremium der SP-Frauen Kanton Bern

SCHLUSSSPURT

Die SP muss die Wahlen 2010 gewinnen! Mit deinem Solidaritätsbeitrag 2009 hilfst du dabei!

Leider hat die SP in den letzten Jahren an vielen Orten deutlich Stimmen verloren. Zum Teil wird ihr gar ein Absinken in die Bedeutungslosigkeit vorausgesagt. So weit darf es nicht kommen! Im März 2010 sind Berner Wahlen und wir wollen, dass die SP dann wieder gewinnt.

Die SP muss gewinnen, damit die soziale Stimme in diesem Kanton weiterhin gehört wird. Damit es weiterhin eine starke Partei gibt, die sich für höhere Kinderzulagen, genügend Tagesschulen, besseren öffentlichen Verkehr und faire Jobchancen der Jugendlichen stark macht. Dies sind Erfolge, die wir in den letzten Jahren als SP erreicht haben.

Wir haben eine spannende Wahlkampagne vorbereitet. Damit wir diese nun auch zu den Menschen bringen können, brauchen wir



Damit unsere Wahlkampagne das Gelbe vom Ei wird, braucht es noch dringend deinen Solidaritätsbeitrag.

© Sascha Hübers, pixelio.de

dringend genügend finanzielle Mittel. Deshalb möchten wir zum Jahresende alle Mitglieder und SympathisantInnen, welche ihren Solidaritätsbeitrag 2009 noch nicht einbezahlt haben, bitten, diesen jetzt zu überweisen. Die Richtwerte und die Kontonummer sind unten aufgeführt. Wenn jetzt alle mithelfen, können wir 2010 gewinnen!

Vielen herzlichen Dank für deine Unterstützung und grossen Dank an alle, welche ihren Solidaritätsbeitrag dieses Jahr bereits überwiesen haben.

Steuerbares Jahreseinkommen	Solidaritätsbeitrag
unter CHF 30 000.–	symbolischer Beitrag
ab CHF 30 000.–	CHF 30.–
ab CHF 40 000.–	CHF 60.–
ab CHF 50 000.–	CHF 100.–
ab CHF 60 000.–	CHF 180.– oder 3%
ab CHF 80 000.–	CHF 320.– oder 4%
ab CHF 100 000.–	CHF 500.– oder 5%

Solidaritätsbeitrag bis 31.12.2009 einzahlen auf Postkonto 30-895-9 (SP Kanton Bern) Vielen Dank! Parteibeiträge bis zu CHF 5000.– können bei den Steuern abgezogen werden. Beleg aufbewahren.

ROTES BRETT

Fr. 5.– günstiger z. B.

ins La Cappella Bern
Loriot – ich sitze hier, weil es mir Spass macht
Die Schauspielerin Silvia Jost, ihr Partner Andreas Berger und der Musiker Rainer Walker verdichten die aberwitzigen Szenen des legendären Loriot zu einem einmaligen Theaterabend.

21., 23., 26., 27., 28., 30. Dezember, jeweils 19.30 Uhr
Der Preisnachlass von Fr. 5.– wird gegen Vorweisung des Mitgliederausweises oder der Sympy-Card an der Abendkasse gewährt.
LA CAPPELLA, Allmendstrasse 24, 3014 Bern-Breitenrain
Tel: 031 332 80 22, Web: www.la-cappella.ch

Du plakatierst für die SP
Für die Wahlen 2010 suchen wir im ganzen Kanton Bern SP-Mitglieder, die Plakate gut sichtbar in ihrem Garten, an ihrem Balkon oder sonstwo aufhängen können. Wir liefern euch die Plakate natürlich kostenlos. Bei Interesse bitte eine Mail mit Adresse an daniel.furter@spbe.ch.
Merci fürs Mitmachen.

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch

Der starke
Personalverband

BSPV



Der BSPV: Ihre Partei am Arbeitsplatz

Beratung erhalten Sie unter:
www.bspv.ch / 031 311 11 66

BSPV – Bernischer Staatspersonalverband

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern, Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23, Telefon 031 370 07 80, links.be@spbe.ch

Adressänderungen bitte direkt an:

linksabo@spschweiz.ch

Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)

Redaktion: Daniel Furter

Redaktionsschluss nächste Ausgabe:

7. Dezember 2009